

inkürze

Paris für Pleite bei Staaten

Frankreich spricht sich – so wie auch Deutschland – für ein Insolvenzrecht der Eurostaaten aus, berichtet der „Spiegel“. Die Sanierung lenken soll, anders als von Berlin gewünscht, der „Pariser Club“, der schon heute im Krisenfall die Verbindlichkeiten der Staaten untereinander regelt.

Warren Buffett im Pech

Der legendäre US-Investor Warren Buffett hat bei seinen jüngsten Finanzgeschäften keine glückliche Hand bewiesen. Die Spekulation mit Derivaten schlug fehl und bescherte seiner Holding Berkshire Hathaway im zweiten Quartal einen 40-prozentigen Gewinneinbruch auf knapp zwei Mrd. Dollar. Der 79-Jährige hat es mit seinem guten Riecher für Geldanlagen zum drittreichsten Mann der Welt (47 Mrd. Dollar laut „Forbes“) gebracht.

HP: Einigung in Sexaffäre

Der eben zurückgetretene HP-Chef Mark Hurd hat sich Gerüchten zufolge mit jener Frau geeinigt, die ihm sexuelle Belästigung vorgeworfen und damit den Chef des weltgrößten Computerherstellers zum Rücktritt gedrängt hatte. Die ehemalige Subunternehmerin des Konzerns wird auch alle Rechtsansprüche gegen HP fallen lassen, heißt es.

Apple-Manager tritt ab

Apples „Antennagate“ fordert ein erstes Opfer. Der für die Entwicklung der iPhones zuständige Manager Mark Papermaster hat nach Diskussionen über Empfangsprobleme beim jüngsten Modell, dem iPhone 4, seinen Rücktritt eingereicht. Der frühere IBM-Manager stieß vor zwei Jahren zum Konzern. Sein Nachfolger wird Bob Mansfield.

WestLB: Millionenklage

Vier Banken und ein Investmentfonds haben die nach Milliarden-spekulationen in Bedrängnis geratene WestLB auf 490 Mio. Euro Schadenersatz geklagt, berichtet die „Wirtschaftswoche“. Die Kläger haben 500 Mio. Dollar in Investmentvehikel der Bank gesteckt. Diese seien „durch Betrug und andere Verbrechen zugrunde gerichtet“ worden, so die Argumentation der Anklage.

Otto steigt bei Zara aus

Nach über zehn Jahren ist der Otto-Konzern komplett bei der Textilkette Zara ausgestiegen, berichtet der „Spiegel“. Der 22-Prozent-Anteil soll bereits verkauft worden sein. Grund für den Verkauf sei offenbar, dass Zara sich kürzlich von einer GmbH in eine Firma nach niederländischem Recht umgewandelt habe, wonach der Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht mehr hat.

KONJUNKTUR

Wirtschaftswachstum 2009	-3,9 %
BIP-Veränderung Prognose Wifo 2010	+1,5 %
Inflationsrate Juni	+2,0 %
(Veränderung VPI im Jahresabstand)	
Arbeitslosenrate Juli	5,7 %
Arbeitslosenrate EU, saisonber.	3,9 %
Beschäftigte absolut, Juli	3.487.825
Veränderung zum Vorjahr	+1,3 %
Übermachungen im Fremdenverkehr, Juni (vorläufige Zahlen)	8.409.300
Inländer absolut	3.059.600
Veränderung zum Vorjahr	+4,9 %
Ausländer absolut	5.349.700
Veränderung zum Vorjahr	-5,5 %
Indizes Juni 2010 (vorläufige Zahlen)	
Verbraucherpreis Basis 2005	109,7
Verbraucherpreis Basis 2000	121,3
Verbraucherpreis Basis 1996	127,7
Verbraucherpreis Basis 1986	167,0
Verbraucherpreis Basis 1976	259,6
Verbraucherpreis Basis 1966	455,5
Verbraucherpreis Basis 1958 (I)	580,3
Lebenshaltungskosten Basis 1945	5099,0
Großhandelspreisindex Juli	110,1
Veränderung zum Vorjahr	+5,0 %
Baukostenindex Basis 2005: Juni	119,9
Veränderung zum Vorjahr	+3,6 %
Tariflohnindex Basis 2006: Juni	111,0
Veränderung zum Vorjahr	+0,1 %

Länger arbeiten – oder verarmen

SOZIALSYSTEME. Ohne Einschnitte bedroht die Alterung der Gesellschaft den heutigen Lebensstandard. Was zu tun ist, war Hauptthema des Sommerdiskurses der Uni Wien.

VON PETER MARTENS

STROBL. Zeitgleich mit der Klimaerwärmung und der Wirtschaftskrise findet in Österreich eine eher unauffällige Veränderung statt: die Alterung der Gesellschaft. Die Auswirkungen dieses Trends sind aber umso gravierender. Während mehrere Generationen der Babyboomer in Pension gehen, fehlt der nötige Nachwuchs am Arbeitsmarkt, und die Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Pensionen steigen.

Was bedeutet das für jeden von uns? Wie wird der Alltag hierzulande in den nächsten Jahrzehnten aussehen, und wie sollen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die aufkommenden Probleme reagieren? Den Antworten auf diese Fragen widmete sich der dritte Sommerdiskurs der Uni Wien in Strobl am Wolfgangsee. Obwohl die Meinungen der Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker auseinandergehen, waren sich alle in einem Punkt einig: Ohne einschneidende Veränderungen wird man den heutigen Lebensstandard bald nicht mehr aufrechterhalten können.

Ein Tag mit 30 Stunden

Warum das so ist, skizzierte Rainer Münz mit einigen demografischen Daten. Münz war Berater von OECD und Weltbank und arbeitet heute für die Erste Group und das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut. Ihm zufolge müssen Statistiker seit Jahrzehnten ihre Daten zur Lebenserwartung nach oben korrigieren, der Wert betrage derzeit weltweit 93 Jahre. Das Problem: „Bis heute gehen alle Prognosen davon aus, dass der Anstieg wieder abflacht, aber das Gegenteil ist der Fall. Statistisch ist es viel wahrscheinlicher, dass die Lebenserwartung weiter steigt“, so Münz. Der statistische Zuwachs betrage in den westlichen Staaten rund 180 Tage pro Jahr. Münz überspitzt das in der folgenden Modellrechnung: „Zu den 24 Stunden eines Tages kommen wegen der ständig steigenden Lebenserwartung sechs weitere dazu. Ihr Tag hat also eigentlich 30 Stunden.“ Auf der anderen Seite sinken die Geburtsraten. In Europa liegt der Wert nur noch in Skandinavien, Frankreich,



Einmal waren Kinder nicht nur eine Altersvorsorge, sondern zentrale „Sinnstifter“ des Lebens. Heute ist es für viele ausreichend, wenn Dritte Kinder haben – die dann die eigene Pension bezahlen.

[Clemens Fabry]

Großbritannien und in moslemisch geprägten Regionen bei über zwei Kindern pro Frau, während er in Mittel-, Ost- und Südeuropa sinkt.

Die Konsequenz: 2050 wird hierzulande jeder Zweite älter sein als 50. „Es wäre eine Lüge zu behaupten, dass wir wissen, wie eine solche Gesellschaft aussieht“, so Münz. Während der Arbeitsmarkt der EU heute 238 Millionen Menschen umfasst, würden ihm ohne Veränderungen 2050 rund 170 Millionen Menschen zur Verfügung stehen. Dagegen wird dann allein in Österreich die Zahl der Pflegefälle um 90 Prozent steigen. Heutige Sozialsysteme wären damit fast unbezahlbar – wenn man nichts tut.

Mehr Zuwanderer, weniger Geld

Die heutige Situation sei mit weniger Älteren und Kindern günstiger, statt aber damit Überschüsse zu erwirtschaften, würden EU-Staaten Milliarden an Schulden anhäufen. Der Arbeitsrechtler Wolfgang Mazal plädierte dafür, diese strukturellen

Defizite rasch abzubauen, um sich für die Zukunft zu wappnen.

Teile der Lösung wären laut Münz ein späteres Pensionsantrittsalter, eine höhere Frauenerwerbsquote, Förderungen zur Erhöhung der Geburtenrate sowie mehr und deutlich höher qualifizierte Migranten. „Wenn ich Politiker wäre, müsste ich Ihnen sagen: Wählen Sie mich, dann müssen Sie länger arbeiten, bekommen weniger Geld und mehr Einwanderer. Aber das wäre die Wahrheit.“

Der WKÖ-Sozialexperte Martin Gleitsmann äußerte die Sorge, dass Österreich bei Akademikerquoten unter Zuwanderern die schlechtesten Werte aller OECD-Länder aufweise. Auch der Pflegebereich gehöre dringend reformiert: Derzeit funktionieren er sehr gut dank der 20.000 Osteuropäerinnen, die in diesem Bereich arbeiten. Aber das sei eine Zeitbombe, so Gleitsmann. „Die Frage ist, wie lange sie noch kommen.“ Dazu plädierte Gleitsmann für eine deutliche Anhebung

des Pensionsantrittsalters im öffentlichen Dienst. „Wenn der öffentliche Dienst das Pensionsantrittsalter heraufsetzt, glaube ich nicht, dass heimische Unternehmen nicht mitziehen.“

„Die Sozialsysteme sind robust“

Dem gegenüber betonte Josef Wöss von der Arbeiterkammer die Verantwortung der Arbeitgeber, mehr Teilzeitjobs und solche für Jüngere und Ältere zu bieten. „Schaut man nur auf die Geburtsraten und Anteile der Erwerbsfähigen, dann müsste heute Algerien ein wahres Wirtschaftswunder erleben. Aber entscheidend ist, was Menschen im Erwerbsleben machen können.“ Zugleich betonte Wöss, dass die erwähnten Reformen „machbar“ seien. Nicht nur die Lebenserwartung, auch die „Robustheit der heimischen Sozialsysteme wird chronisch unterschätzt. Seit es den Sozialstaat gibt, wurden die Sozialsysteme immer wieder totgesagt. Aber das ist nie eingetreten.“

INSOLVENZEN

HG Wien: **Rösch & Handel vormals Gimborn & Co. Gesellschaft m.b.H.**, 1140 Wien, Scheringgasse 2/Objekt 2, AF: 22.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. jur. Klemens Dallinger Rechtsanwalt, 1010 Wien.
 LG Korneuburg: **David Taronech, Detektei**, 2404 Petronell, Hauptplatz 2, AF: 15.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Matthias Schmidt RA, 1010 Wien.
 HG Wien: **Robert Ludwig**, 1190 Wien, Cobenzlgasse 9/1, 1190 Wien, Sandgasse 12, AF: 30.08.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Walter Kainz RA, 1040 Wien.
 LG Krems: **SCHMID Gesellschaft m.b.H.**, 3970 Weitra, Kirchengasse 94, AF: 15.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Martina Withoff RA, 3910 Zwettl.
 LG St. Pölten: **Gerhard Wurzenberger, KFZ-Händler**, 3264 Gresten, Leopold-Haindl-Straße 25 (Reinsberg), AF: 07.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Christine Riess Rechtsanwältin, 3340 Waidhofen/Ybbs.
 LG Eisenstadt: **Malits-Bruckner Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, 7423 Pinkafeld, Hauptstraße 1, AF: 30.08.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Johann Köilly Rechtsanwalt, 7350 Oberpullendorf.
 LG Wels: **Franz Hittmayr GmbH**, 4846 Redlham, Gewerbeplatz West 14, AF: 24.09.2010, IV: Mag. Martin Edelmann RA, 4840 Vöcklabruck.
 LG Wels: **Rudolf Holzmann**, Baggerungen, 4632 Pichl Wels, Innbachtalstraße 14, AF: 24.09.2010, IV: Dr. Bernhard Birek Rechtsanwalt, 4707 Schließberg.
 LG Wels: **Hoffmann Baugeräte u. Arbeitsschutz GesmbH. & Co. KG**, 4600 Wels, Boschstraße 44, AF: 24.09.2010, Insolvenzverwalter: Mag. Dr. Roland Heitzinger Rechtsanwalt, 4600 Wels.
 LG Steyr: **Ökowärme Biomasse Contract GmbH**, 4462 Reichraming, Eisenstraße 75, AF: 21.09.2010, Insolvenzverwalter: Mag. Markus Weixlbaumer Rechtsanwalt, 4020 Linz.
 LG Steyr: **Ökowärme Holding GmbH**, 4462 Reichraming, Eisenstraße 75, AF: 21.09.2010, Insolvenzverwalter: Mag. Markus Weixlbaumer RA, 4020 Linz.
 LG Klagenfurt: **Daniel Falle**, Inh. des nicht prot. Einzelunternehmens **FALLE Daniel Sondernmaschinenbau Instandhaltung & Schlosserei**, 9020 Klagenfurt, Wiegelegasse 18, AF: 23.08.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Josef Flaschberger RA, 9020 Klagenfurt.

HG Wien: **Rudolf Jansky**, Taxiunternehmen, 1100 Wien, Franz Schreckergasse 11/2, AF: 16.09.2010, Insolvenzverwalter: DI Mag. Michael Neuhauser Rechtsanwalt, 1010 Wien.
 HG Wien: **Andrea Eggenberger**, Gastgewerbe, 1210 Wien, Frauenstiftgasse 4, AF: 16.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Brigitte Stampfer RA, 1130 Wien.
 HG Wien: **Common Purpose e.U.**, 1150 Wien, Zinckgasse 6/10a, AF: 16.09.2010, Insolvenzverwalter: Mag. Johanna Abel-Winkler RA, 1010 Wien.
 HG Wien: **CAMEO Fassadenbau Ges.m.b.H.**, 1120 Wien, Rollringgasse 26/16c, AF: 16.09.2010, Insolvenzverwalter: Mag. Thomas Steiner RA, 1010 Wien.
 LG Wr. Neustadt: **Leopold KG**, 2880 Kirchberg/Wechsel, Ofenbach 1, AF: 21.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Gerhard Schultschik RA, 2700 Wiener Neustadt.
 LG Wr. Neustadt: **Johann Ebner**, Vieh- und Fleischhandel, 2852 Hochneukirchen, Hauptstraße 36, AF: 21.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Helmut Kientzl RA, 2700 Wiener Neustadt.
 LG Linz: **Margareta Pamholzer**, Betreiberin einer Pizzeria, 4020 Linz, Goethestraße 7, AF: 17.09.2010, Insolvenzverwalter: Mag. Wolfgang Kempf RA, 4020 Linz.
 LG Salzburg: **Stefan Svoboda**, Wirtschaftsberatung, 5020 Salzburg, Sterneckstraße 37/6, AF: 17.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Bernhard Zettl Rechtsanwalt, 5020 Salzburg.
 LG Innsbruck: **Peter Walch**, Taxi- und Mietwagen/Pitztalreisen, 6471 Arzl Pitztal, Nr. 78, AF: 20.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Wilfried Leys Rechtsanwalt, 6500 Landeck.
 HG Wien: **Boguslaw Coner**, Schneeräumung, 1160 Wien, Rückertgasse 26/4, AF: 16.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Arno Maschke RA, 1070 Wien.
 HG Wien: **BNPP Bau und Handel GmbH**, 1100 Wien, Laxenburgerstraße 33/32b, AF: 16.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Kurt Freyler RA, 1010 Wien.
 HG Wien: **KRAFT Vision & Konzept e.U.**, 1010 Wien, Bösendorferstraße 1/12, AF: 07.09.2010, Insolvenzverwalter: Dr. Walter Kainz Rechtsanwalt, 1040 Wien.

[Quelle: Kreditschutzverband von 1870]

Bank Austria: Börse aktuell

Dürre Ernte



Mag. Monika Rosen

Da Russland heuer unter einer massiven Dürre leidet, steigt der Weizenpreis derzeit in schwindelnde Höhen. Zuletzt wurde der höchste Stand seit zwei Jahren erreicht. Russland, der drittgrößte Weizenproduzent weltweit, hat jetzt reagiert und ein Exportverbot für Weizen verhängt, das mit 15.8. beginnen und bis Jahresende dauern soll. Es umfasst übrigens nicht nur Weizen, sondern auch Gerste, Roggen und Mais. Die Hitzewelle in Russland, Kasachstan und der Ukraine wurde durch Überflutungen in Kanada verschärft, die ebenfalls Teile der Weizenernte vernichtet haben. Das wiederum treibt auch den Reispreis nach oben, denn viele Menschen wollen angesichts

der gestiegenen Weizenpreise auf Reis ausweichen. Ägypten könnte als weltgrößter Importeur von Weizen besonders unter dem Exportstopp der Russen leiden. Das Land soll in den nächsten zwölf Monaten mehr als neun Millionen Tonnen Weizen brauchen, ein wesentlicher Teil davon hätte aus Russland kommen sollen. Ein möglicher Weizenproduzent weltweit, der in die Bresche springen könnte, ist Australien. Eine weitere potenzielle Auswirkung des Preisanstiegs bei Getreide: Die Inflation könnte wieder anziehen, was die Notenbanken weltweit in Bedrängnis bringt, denn dann müssten sie die Zinsen anheben, obwohl das Wachstum dafür eigentlich nicht robust genug ist. Man fürchtet nun, dass wetterbedingte Schwankungen bei Nahrungsmittelpreisen letztlich einen entscheidenden Einfluss auf die Geldpolitik ausüben könnten.

Bank Austria Private Banking